



NEWS LETTER

Oktober 2012

5/2012

Erneuerbare beflügeln stromintensive Industrie Mainova AG verstärkt weiter ihr Engagement beim Ausbau der Erneuerbaren *EnBW erwirbt weiteren Onshore-Windpark von Ventotec* Gemeinsame Entwicklung von Windenergieprojekten in Südwestdeutschland *Erneuerbaren-Fonds erfolgreich platziert* Arise Windpower AB übernimmt großes Windparkprojekt in Solberg *Windpionier Fuhländer stellt Insolvenzantrag* Dong plant Milliardeninvestitionen in deutsche Offshore-Anlagen *Stadtwerke Münster: mit Erneuerbaren-Fonds zu eigener Windkraftanlage* Regierung beschließt drastische Kürzung der Managementprämie *Energieintensive Branchen profitieren unerwartet von Energiewende* Abschaltverordnung soll zum 1. Januar 2013 in Kraft treten *Neuer, grüner Wind in Frankreich* Chinesische Solarmodulhersteller im Visier der EU-Kommission *Zubau von 10.000 MW Fotovoltaikleistung für Gesamtjahr 2012 erwartet*

Erneuerbare beflügeln stromintensive Industrie

von Matthias Pallutt

Die Meldung, dass Norsk Hydro seine Produktion in der Neusser Aluminiumhütte hochzufahren gedenkt, hat bei einigen Marktteilnehmern für Erstaunen gesorgt. In der Argumentation der Industrieverbände war die beschlossene Energiewende eher der Sargnagel der stromintensiven Industrie, weil Versorgungsengpässe und gleichsam Preissteigerungen befürchtet wurden. Die Begründung für die Produktionsausweitung von Norsk Hydro könnte allerdings in keinem größeren Widerspruch dazu stehen. Die niedrigen Strompreise seien der Grund für die Produktionsausweitung. Erneuerbare Energien führten durch ihren stetigen Ausbau und der bevorzugten Einspeisung ins Netz zu einer immer stärkeren Absenkung der Börsenpreise an der European Energy Exchange (EEX) in Leipzig. Die Börsenpreise haben sich seit 2008 von ca. 7 ct/kWh in Richtung 5 ct/kWh bewegt. Auch die Terminmärkte signalisieren für die kommenden Jahre keinen nennenswerten Strompreisanstieg. So konnte sich Norsk Hydro einen langfristig günstigen Strompreis sichern. Die von der energieintensiven Industrie zu zahlende EEG-Umlage in Höhe von 0,05 ct/kWh hat dagegen nur einen marginalen Kosteneinfluss. Ironischerweise vermeldete kürzlich der direkte Wettbewerber Trimet trotz gut gefüllter Auftragsbücher einen Verlust für das abgelaufene Geschäftsjahr. Der Grund dafür lag in der Fehleinschätzung der Strommärkte nach der nach

dem Atomunfall von Fukushima beschlossenen Energiewende. Man hatte damals in eigener Verantwortung Sicherungsgeschäfte zu einem deutlich höheren Strompreis durchgeführt, die nun wertberichtigt werden mussten. Was die stromintensive Industrie demnach mehr fürchten muss als die Energiewende, ist scheinbar die Angst vor ihr.

Die Entscheidung von Norsk Hydro ist aber auch aus einer anderen Perspektive bemerkenswert. Bereits vier Stunden nach Stromabschaltung sind Elektrolysezellen irreparabel zerstört. Der Betrieb einer Aluminiumhütte stellt demnach höchste Ansprüche an die Versorgungssicherheit. Offenbar hält man bei Norsk Hydro das Blackout-Risiko zumindest an diesem speziellen Standort für gering.

Zusätzlich deutet sich für die stromintensive Industrie eine weitere Erlös

quelle an. Nach Meldungen aus dem Wirtschaftsministerium soll zum 1. Januar 2013 die Abschaltverordnung in Kraft treten. Diese sieht monatliche Vergütungen für herunterregelbare Kapazitäten in Höhe von 1.667 Euro/MW und zusätzlich Vergütungen für nicht abgerufene Strommengen in Höhe von 100-500 Euro/MWh vor. Für die stromintensive Industrie wird damit, sofern sie ihre Stromnachfrage anpassen kann, ein neues Geschäftsmodell geschaffen, das auf der Pufferung der durch die erneuerbaren Energien verursachten Produktionsschwankungen basiert. Über die Höhe der in Aussicht gestellten Vergütungen lässt sich selbstverständlich streiten, aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht erscheint zumindest die Ausrichtung der Nachfrage an der jeweiligen Stromproduktion günstiger zu sein, als der Bau und Betrieb von Pumpspeicherkraft-



werken. In jedem Fall dürfte er schneller umsetzbar sein.

Die sich vollziehende Energiewende in Verbindung mit den zahlreichen Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie führen damit zwangsläufig zu einer Zweiklassengesellschaft. Private und kleine gewerbliche Stromverbraucher finanzieren die Lasten, während die stromintensive Industrie profitiert. Die Diskussionen über die soziale Ausgewogenheit dieser besonderen Form von aktiver Industriepolitik werden in den nächsten Monaten sicher anhalten.

Fuhrländer AG ist insolvent

Am 20. September hat die Fuhrländer AG beim Amtsgericht Montabaur den Insolvenzantrag gestellt. Nachdem im März ein umfangreiches Restrukturierungsprogramm mit einem Personalabbau von 70 auf ca. 430 Mitarbeiter durchgeführt wurde und anschließend ein ukrainischer Investor die Mehrheit an der Fuhrländer AG übernahm, scheint sich die Lage weiterhin verschlechtert zu haben. In der Pressemitteilung der Fuhrländer AG wurde die Insolvenz etwas nebulös mit „kundenseitigen Projektverschiebungen“, die „zu unvorhersehbaren Verzögerungen bei den Projektzahlungen“ führten, „die von der Fuhrländer AG nicht kompensiert werden konnten“ begründet. Vermutlich haben insbesondere Probleme bei den ausländischen Projektentwicklungen zur Insolvenz beigetragen. In Deutschland war Fuhrländer in den letzten Jahren nicht sehr erfolgreich und hatte sich deswegen verstärkt auf Auslandsmärkte konzentriert. Diese Strategie scheint nun vorerst gescheitert. Momentan versuche man durch das Planinsolvenzverfahren, ein Fortführungskonzept zu entwi-

ckeln. Als vorläufiger Sachwalter wurde der Trierer Rechtsanwalt Professor Thomas Schmidt eingesetzt. Bei einer angestrebten Eigenverwaltung im Insolvenzverfahren kann das betroffene Unternehmen unter Aufsicht des Sachwalters mit Einschränkungen weiter über das Vermögen verfügen, Vorstand und Aufsichtsrat bleiben in ihren Funktionen. Im Fall von Fuhrländer soll der Sachwalter nach Angaben des Gerichts nun zudem prüfen, wie die Chancen für einen Fortbestand des Windradbauers sind. Wo jedoch die Zukunft von Fuhrländer liegt, ist momentan ungewiss. Die Insolvenz der Fuhrländer AG wird sicher von der Branche genau beobachtet werden. Gerade vor dem Hintergrund der immer stärker verbreiteten Vollwartungsverträge wird das Vertragserfüllungsrisiko bei der Unterzeichnung von Vollwartungsverträgen sicher stärkere Berücksichtigung finden. Jeder Investor, der einen 15jährigen Vollwartungsvertrag beim Hersteller unterschreibt, geht damit auch eine Wette ein, dass der Hersteller so lange als Vertragspartner zur Verfügung steht. Fuhrländer war und ist nicht der einzige Hersteller, der unter unzureichender Profitabilität leidet.

Beschleunigte Absenkung der Managementprämie

Die am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Fassung des EEG sah die Einführung einer Managementprämie in Höhe von 1,2 ct/kWh vor. Dies löste innerhalb kürzester Zeit große Mitnahmeeffekte in der Branche aus. So erreichte der aus Wind-onshore-Anlagen direkt vermarktete Strom eine Durchdringung bis Ende Januar 2012 von 40% und bis Ende Juli von 70%. Ursprünglich eingeführt, um die erneuerbaren Energien marktkonformer zu gestalten, werden

inzwischen aufgrund ihrer starken Verbreitung eher die Kostenaspekte für den Verbraucher betont. Als Konsequenz beschloss das Kabinett der Bundesregierung, die Managementprämie stärker als bislang geplant abzusenken. So soll zum 1. Januar 2013 die Managementprämie auf 6,5 €/MWh bzw. 7,5 €/MWh für fernsteuerbare Anlagen sinken. Dieser Unterschied zwischen fernsteuerbaren und nicht fernsteuerbaren Anlagen soll sich in den kommenden Jahren sogar auf 2€/MWh ausweiten. Marktteilnehmer halten sich daher aktuell mit dem Abschluss von Direktvermarktungsverträgen zurück. Offenbar will man erst das Gesetzgebungsverfahren abwarten. Wie hoch die Senkung der Managementprämie am Ende auch ausfällt, eine Marktbereinigung innerhalb der Direktvermarktungsdienstleister erscheint momentan wahrscheinlich. Beste Aussichten hat dabei vermutlich der momentane Marktführer Statkraft.

Beruhigung im Transaktionsgeschäft

Glänzten die Monate Juli und August noch mit einem sehr hohen Aufkommen an Transaktionen bei Windprojekten, so ist im September eine deutliche Beruhigung eingetreten. Mit gerade einmal 3 Transaktionen, davon zwei in Deutschland und eine in Schweden, ist das Transaktionsvolumen so niedrig wie schon lange nicht mehr. Als Trendwende ist dies jedoch nicht zu deuten. Möglicherweise hat die gerade stattgefundenene Husum Wind gewisse

Kapazitäten zeitweilig absorbiert. Die Rahmenbedingungen für Windprojektentwicklungen haben sich in den letzten Monaten nicht wesentlich verändert. Es stehen nach wie vor ausreichend Entwicklungsflächen wie auch Kreditfazilitäten zur Verfügung. Insofern ist von einem baldigen Anstieg der Transaktionen auszugehen.

Mainova AG verstärkt weiter ihr Engagement beim Ausbau der Erneuerbaren

16,85 MW-Windpark in Rheinland-Pfalz von Projektierer ABO Wind AG erworben

Der Frankfurter Energiedienstleister Mainova setzt mit dem Kauf eines 16,85 MW-Windparks im rheinland-pfälzischen Landkreis Birkenfeld sein Engagement beim Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fort. Am 13. September erwarb Mainova vom Wiesbadener Projektentwickler ABO Wind fünf Windkraftanlagen des der Firma REpower Systems SE mit je 3,37 MW. Mit einer Gesamtproduktion von 32 Mio. kWh pro Jahr ist der Windpark südwestlich von Idar-Oberstein in der Lage, 10.000 Haushalte mit Strom zu versorgen. Er soll Mitte 2013 ans Netz gehen. Ziel des Frankfurter Unternehmens ist es, bis zum Jahr 2015 rund 500

Mio. kWh Strom aus regionalen Windkraftprojekten zu beziehen und damit gleichzeitig die CO₂-Emissionen um rund 250.000 Tonnen jährlich zu reduzieren. Dabei konzentriert sich Mainova auf Projekte im Großraum Rhein-Main, um den Strom dort zu produzieren, wo er auch gebraucht wird. Bis zum Jahr 2015 plant das Unternehmen über 350 Mio. Euro in derartige dezentrale Projekte zu investieren.

Der Projektentwickler ABO Wind ist dabei ein erfahrener Partner für Mainova, im Juni erwarb Mainova außerdem zehn Prozent der Anteile von ABO Wind. Das Wiesbadener Unternehmen errichtete bereits den Mainova-Windpark im mittelhessischen Siegbach, zwei weitere Parks in Hohenahr und Remlingen sind am Entstehen, neue Projekte bereits in Vorbereitung.

ABO Wind will bis Ende des Jahres allein in Rheinland-Pfalz 60 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 120 MW ans Netz gebracht haben.

EnBW erwirbt weiteren Onshore-Windpark von Ventotec

Zweiter Kauf nach Übernahme vom Windpark Christinendorf III

Wie auf der Husum Wind bekannt gegeben wurde, kauft die EnBW Erneuerbare Energien GmbH (EEE) den Windpark Neuruppin-Dabergotz in Brandenburg. Die Bauarbeiten zur Errichtung des Windparks bestehend aus 8 Vestas V90 2 MW mit einer Gesamtleistung von 16 MW sollen Kürze beginnen, die Inbetriebnahme des Windparks ist für Anfang 2013 geplant. Der Windpark soll

ab diesem Zeitpunkt über ein eigenes Umspannwerk in das öffentliche Stromnetz einspeisen. Über den vereinbarten Kaufpreis haben die Partner Stillschweigen vereinbart.

Nach dem Erwerb des Windparks Christinendorf III Ende 2011 ist dies bereits der zweite Projektverkauf, den EnBW und Ventotec miteinander vereinbarten. EnBW und Ventotec werden auch nach Abschluss des Baus des Windparks während der Betriebsphase weiter zusammenarbeiten.

„Mit diesem Projekt setzen wir die im vergangenen Jahr begonnene gute Zusammenarbeit mit Ventotec fort und bauen unser Windenergie-Portfolio weiter konsequent aus“, so Stefan Thiele, Sprecher der Geschäftsführung der EnBW Erneuerbare Energien GmbH. „Wir freuen uns über die wiederholte Zusammenarbeit mit einem starken und hoch engagierten Partner wie der EnBW. Nur mit solchen Partnern gelingt uns die erfolgreiche Umsetzung unserer Projekte“, so Ralf Heinen, Geschäftsführer der Ventotec GmbH.

Gemeinsame Entwicklung von Windenergieprojekten in Südwestdeutschland

EnBW und G.A.I.A. schließen Kooperationsvertrag

Die EnBW Erneuerbare Energien GmbH (EEE) hat mit dem Projektentwicklungsunternehmen G.A.I.A. mbH aus Lambsheim in Rheinland-Pfalz eine Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit bei der Planung und Entwicklung von Windenergiepro-

jekten abgeschlossen. Künftig sollen im Rahmen der Kooperation Windparkprojekte in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen und Baden-Württemberg gemeinsam entwickelt und realisiert werden.

Der Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg besitzt dabei einen besonderen Stellenwert. Dort prüfe die EnBW aktuell über hundertfünfzig Standorte; Flächen für mehr als 100 potenzielle Standorte sein bereits gesichert.

„Wir freuen uns, dass wir nun mit einem erfahrenen und regional vernetzten Partner unsere Projektentwicklungsaktivitäten auch auf Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen ausdehnen können“, so Stefan Thiele, Sprecher der Geschäftsführung der EnBW Erneuerbare Energien GmbH. „Damit können wir auch außerhalb Baden-Württembergs interessierten Standortgemeinden und Grundstückseigentümern unser umfassendes Konzept von der kompletten Projektrealisierung bis hin zur Bürgerbeteiligung anbieten,“ so Thiele.

„Mit dem Energieversorger EnBW konnten wir einen umsetzungsstarken Partner gewinnen, mit dem wir

gemeinsam einen Beitrag zu Energiewende in Deutschland leisten können. Von der Projektplanung über die gemeinsame Entwicklung, und den Betrieb der Anlagen durch EnBW können so vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger und Kommunen angeboten werden. Aus dieser Kooperation ergeben sich beachtliche Synergieeffekte über die gesamte Wertschöpfungskette.“, so Torsten Szielasko, einer der beiden Geschäftsführer der G.A.I.A. mbH.

Beide Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt, jährlich Projekte mit 60 Megawatt Leistung im Rahmen der Kooperation in Entwicklung zu nehmen.

Erneuerbaren-Fonds erfolgreich platziert

„KlimaSparbrief“ der Stadtwerke Münster in nur vier Tagen platziert

Der sogenannte „Klimasparbrief“ der Stadtwerke Münster hat sein Zielvolumen in Höhe von 3,3 Mio. Euro nach nur vier Tagen erreicht. Das Kontingent sei bereits ausverkauft, teilte das

Unternehmen am 27. September mit, obwohl die Platzierung erst am 24. September begonnen hatte. Private Energie- und Verkehrsabokunden der Stadtwerke konnten sich an dem Erneuerbaren-Fonds mit Beträgen zwischen 500 und 20.000 Euro beteiligen. Die Laufzeit des Fonds beträgt fünf Jahre, die vereinbarte Rendite über die gesamte Laufzeit 2,05 Prozent. Bei der Abwicklung der Finanzierung haben die Stadtwerke mit der örtlichen Sparkasse Münsterland Ost kooperiert. Mit dem Geld wollen die Stadtwerke Münster eine Windkraftanlage in der unmittelbaren Umgebung errichten. Ein attraktiver Zins in Kombination mit dem Umweltschutzgedanken seien bei den Kunden gut angekommen.

Arise Windpower AB übernimmt großes Windparkprojekt in Solberg

Bis 2014 sollen Anlagen mit insgesamt 700 MW entstehen

Arise Windpower AB, einer der führenden Betreiber von Onshore-Anlagen in Schweden, übernimmt von Ownpower Projects AB (OPP) ein bereits genehmigtes Windparkprojekt in Solberg, im Westen von Örnköldsvik. 40 Windkraftanlagen sind geplant, in einer ersten Phase sollen 28 Turbinen mit einer Gesamtleistung von 84 MW errichtet werden. Die Bauzeit beträgt voraussichtlich 14 Monate, bei einem Baubeginn im Sommer 2013 würde der Windpark Ende 2014 in Betrieb gehen können. Die zu erwartenden



Kosten für das Projekt belaufen sich auf etwa 1,3 Mrd. SEK, also fast 154 Mio. Euro.

Arise Windpower hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2014 ungefähr 300 Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 700 MW in Schweden und Norwegen in Betrieb zu nehmen.

Windpionier Fuhrländer stellt Insolvenzantrag

Massiven Restrukturierungsmaßnahmen blieben erfolglos

Bereits im Frühjahr 2012 legte Joachim Fuhrländer die Geschäftsleitung seines Unternehmens nieder und verkaufte alle Anteile seines Unternehmens. Umstrukturierungen im Personalbereich folgten, ein umfassender Investorenprozess wurde eingeleitet. Im Mai übernahm ein ukrainisches Konsortium die Mehrheitsbeteiligung an der Fuhrländer AG. Die Markterschließung in der Ukraine sollte so weiter vorangetrieben werden und verstärkt in den Fokus des Unternehmens rücken.

Am 20. September stellte das Unternehmen nun beim Amtsgericht Montabaur einen Insolvenzantrag, da kundenseitige Projektverschiebungen und Verzögerungen bei Projektzahlungen von der Fuhrländer AG nicht kompensiert werden konnten. Nun soll alles getan werden, um die Geschäfte im Planinsolvenzverfahren weiterzuführen. Am 26. September hat das Insolvenzgericht des Amtsgerichts Montabaur auf den Eigenantrag der betroffenen Firma hin durch Beschluss die vorläufige Eigenverwaltung der Firma Fuhrländer angeordnet.

Außerdem wurde ein vorläufiger Sachwalter bestellt und ein vorläufiger Gläubigerausschuss gebildet. Der Sachwalter ist beauftragt, als Sachverständiger zu prüfen, ob das Vermögen der Firma zur Deckung der Kosten des Insolvenzverfahrens ausreicht, ob die Voraussetzungen für eine Eigenverwaltung weiter gegeben sind und welche Chancen auf eine Fortführung des Unternehmens bestehen.

Dong plant Milliardeninvestitionen in deutsche Offshore-Anlagen

Marktführerposition schnellstmöglich angestrebt

Obwohl sich bisher in deutschen Gewässern kein einziges Windrad im Auftrag des staatlichen dänischen Energieunternehmens Dong dreht, plant der Energieriese die Marktführerposition für Deutschland nun im Eilverfahren auszubauen. Nach Angaben gegenüber der Financial Times Deutschland sind Investitionen von mehreren Milliarden Euro geplant. Aktuell

sind in deutschen Gewässern Offshore-Anlagen mit insgesamt nur rund 215 MW Leistung errichtet. Dong will in den kommenden Jahren rund 1000 MW durch Offshore-Parks auf deutscher See erzeugen. In der Nordsee ist bereits der Windpark Borkum Riffgrund I in Planung, der ab 2014 rund 277 MW liefern soll. Das Projekt Borkumriff II wird voraussichtlich ab 2015 mit 530 MW ans Netz gehen. Auch drei weitere Windparkprojekte vor der Küste Norderneys sind für über 150 Mio. Euro in Planung. Bisher erzielt das Unternehmen, das seit 20 Jahren in der Windbranche tätig ist, erst sechs Prozent seines Umsatzes von 7,6 Mrd. Euro im Bereich der Windenergie.

Stadtwerke Münster: mit Erneuerbaren-Fonds zu eigener Windkraftanlage

„KlimaSparbrief“ soll sich doppelt auszahlen

Die Stadtwerke Münster bieten derzeit ihren Kunden gemeinsam mit der Sparkasse Münsterland Ost einen „KlimaS-



parbrief" zur Geldanlage an. 3,3 Mio. Euro sollen auf diesem Weg zusammen kommen. Die Stadtwerke erhalten das Geld aus dem Verkauf des Sparbriefes von der Sparkasse als Darlehen für den Bau einer Windenergieanlage für die Stadt Münster.

Vom 24. September bis zum 19. Oktober können private Energie- und Verkehrssabokunden der Stadtwerke in einem "KlimaSparbrief" zwischen 500 Euro und 20.000 Euro mit einer Laufzeit von fünf Jahren anlegen. Die Verzinsung erfolgt gestaffelt, von anfangs 1,25 Prozent steigt die Rendite im fünften Jahr auf drei Prozent. Bislang finanzierte das Energieunternehmen aus Erneuerbaren-Fonds Fotovoltaikanlagen, nun folgt der Schritt in die Onshore-Branche.

Regierung beschließt drastische Kürzung der Managementprämie

Ab 2013 nur noch 0,65 Cent/kWh statt aktuell 1,2 Cent/kWh

Statt der erwarteten Senkung der Managementprämie von 1,2 Cent/kWh auf 1,0 Cent/kWh stützt die Bundesregierung die Prämie für direktvermarkteten Ökostrom im kommenden Jahr auf 0,65 Cent/kWh. Alle fernsteuerbaren Anlagen erhalten ab 2013 eine Vergütung von 0,75 Cent/kWh.

Mit dieser Neuregelung gab die Bundesregierung dem Druck der Opposition nach, die Verbraucher bei der Energiewende stärker zu entlasten. Laut Umweltminister Peter Altmaier (CDU) lassen sich durch diese Neuordnung der Managementprämie rund 160 Mio. Euro im Jahr einsparen.

Der Verordnungsentwurf des Kabinetts strebt künftig auch ein zusätzliches Monitoring an, um kurzfristige Änderungen der Managementprämie zu ermöglichen.

Vorerst sind weitere Reduzierungen in den kommenden Jahren geplant: 2014 soll die Prämie auf 0,45 Cent/kWh sinken, steuerbare Anlagen erhalten dann 0,60 Cent/kWh. Im Jahr 2015 sind nur noch 0,30 Cent/kWh vorgesehen, für Steuerbare 0,50 Cent/kWh.

Die Bundesregierung hatte die Managementprämie erst Anfang dieses Jahres eingeführt. Sie ist Teil der optionalen Marktprämie, welche EEG-Anlagen-Betreiber ermutigen soll, ihren Strom direkt über die Börse zu vermarkten und auf Einspeisevergütungen zu verzichten. Sie soll dafür die Differenz zwischen den Vermarktungserlösen und dem Vergütungsanspruch nach dem EEG ausgleichen. Die Managementprämie selbst vergütet den bei der Direktvermarktung entstehenden Mehraufwand und stellt den eigentlichen Anreiz für diese dar.

Energieintensive Branchen profitieren unerwartet von Energiewende

Auch Deutschlands größte Aluhütte in Neuss fährt Produktion wieder hoch

Ausgerechnet die stromintensiven Unternehmen profitieren derzeit von der Energiewende, die von der deutschen Industrie bisher eher bedrohlich wahrgenommen wurde. Zwar steigen die Stromkosten durch den Ausbau

der erneuerbaren Energien wie befürchtet, doch entlastet die Politik gleichzeitig die Großverbraucher durch eine Befreiung von der EEG-Umlage und der Netzentgelte, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu gewährleisten.

Nach Italien und Zypern hat Deutschland die dritthöchsten Strompreise in Europa. Fast die Hälfte des bundesweiten Stromverbrauches entfällt auf die Industrie.

Ein von der Grünen-Bundestagsfraktion beauftragtes Gutachten des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) zeigt nun, dass die Energieintensiven dank der Vergünstigungsregelungen sogar profitieren. Die stromintensiven Unternehmen tragen insgesamt nicht einmal ein Prozent der Kostenbelastung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Gleichzeitig profitieren sie von dem stetig wachsenden Angebot an regenerativen Energien, welches die Strompreise an der Börse fallen lässt. So stehen im Jahr 2012 den Aufwendungen für die EEG-Umlage von 137 Mio. Euro vergünstigende Effekte durch die gesunkenen Börsenpreise von 727 Mio. Euro gegenüber. Die Energieintensiven können so allein in diesem Jahr einen finanziellen Vorteil von annähernd 600 Mio. Euro verbuchen.

Investitionen in energieeffizientere Maßnahmen werden für diese Unternehmen damit wenig rentabel, ein erhöhter Strombedarf dafür sehr. Mit steigendem Verbrauch steigt auch der

relative Kostenvorteil.

Der Durchschnittsverbrauch der durch die Regelung entlasteten Unternehmen liegt bei 117 Mio. kWh, was einem Nettonutzen von 960.000 Euro entspricht. Bereits ab zehn Mio. kWh Jahresverbrauch können Unternehmen die Vergünstigungsregeln beanspruchen, etwa 2.500 Firmen haben derzeit eine Befreiung von den EEG-Kosten beantragt. Auch eine Befreiung der Großverbraucher von den Kosten für CO₂-Zertifikate ist angedacht.

Damit bietet Deutschland den Energieintensiven mehr als gute Rahmenbedingungen, Kritiker sprechen gar von Subventionierung. Dies zeigt auch die Entscheidung des norwegischen Aluminiumherstellers Norsk Hydro, Deutschlands größte Aluhütte in Neuss wieder hochzufahren. In Folge der hohen Stromkosten hatte Norsk Hydro seine Produktion in Neuss auf ein Minimum reduziert, 700 Mitarbeiter bangten um ihre Zukunft. Nun kehrt einer der größten Stromverbraucher Deutschlands zurück ans Netz. Mit Vattenfall handelte Norsk

Hydro zudem einen Liefervertrag aus, der für die nächsten fünf Jahre Preisstabilität garantiert. Das Unternehmen in Neuss soll zunächst zu zwei Dritteln ausgelastet werden. Eine Vollauslastung sei aber möglich.

Abschaltverordnung soll zum 1. Januar 2013 in Kraft treten

Vergütung von monatlich 1.667 Euro pro MW Abschaltleistung

Zum Beginn des neuen Jahres soll eine neue Abschaltverordnung in Kraft treten, die der Industrie bereitgestellte abschaltbare Lasten über Arbeits- und Leistungsentgelte vergütet.

Anfang 2012 schlug das Bundeswirtschaftsministerium in einem Entwurf noch feste Jahresvergütungen vor, ein neuer Entwurf sieht nun die Zahlung von monatlich 1.667 Euro pro MW Abschaltleistung vor, wenn Unternehmen den Netzbetreibern ihre Kapazitäten

bereitstellen. Bei einer Inanspruchnahme der Leistungen, sollen Arbeitspreise zwischen 100 Euro und 500 Euro pro MWh gezahlt werden. Erreicht werden soll auf diesem Weg die Gewährleistung der Stabilität der Übertragungsnetze. Bis 1. Juni 2013 ist die Einrichtung einer internetbasierten Plattform vorgesehen, über die die Ausschreibungen der Leistungen erfolgt. Ein Anspruch auf Zahlung des Leistungspreises entfällt, sobald eine offerierte Abschaltleistung mehr als drei Tage im Monat nicht verfügbar ist. Die Unternehmen dürfen ihre Abschaltleistung aber ebenso über den Regulenergiemarkt anbieten. Die Verordnung soll mit einer Gültigkeit für drei Jahre in Kraft treten. Wird eine Zustimmung durch den Bundesrat nötig, wird es schwer, den Termin für die neue Abschaltverordnung einzuhalten.

Neuer, grüner Wind in Frankreich

Präsident Hollande macht sich für Energiewende stark

Bei einer Umweltkonferenz in Paris machte Frankreichs neuer Präsident Francois Hollande klar, dass grünes Umdenken eine zentrale Rolle in der Politik der kommenden Jahre spielen wird. Das 35 Jahre alte Atomkraftwerk Fessenheim nahe der deutschen Grenze soll bereits Ende 2016 abgeschaltet werden. Hollande sprach sich ebenso gegen sieben geplante Schiefergas-Projekte aus, da hier das Risiko für die Bevölkerung ebenfalls zu hoch sei. Gefördert werden sollen verstärkt regenerative Energiequellen wie Sonne und Wind. Neben neuen Energiestandards für Ge-





bäude fordert die Regierung ebenfalls die Entwicklung des Zwei-Liter-Autos. Auch die Einführung einer Steuer auf umweltschädliche Aktivitäten ist angedacht. Mit den Maßnahmen plant die Regierung die Abhängigkeit Frankreichs von Erdöl und Atomenergie zu mindern.

Chinesische Solarmodulhersteller im Visier der EU-Kommission

Verdacht des Preisdumpings nun in offizieller Untersuchung

Die EU-Kommission reagiert auf eine Handelsbeschwerde mehrerer europäischer Solarfirmen mit einer offiziellen Untersuchung des Verdachtes auf Preisdumping durch chinesische Solarmodulhersteller. In den nächsten 15 Monaten prüft die Kommission, ob die chinesischen Unternehmen tatsächlich Produkte unter den Herstellungskosten verkaufen, um europäische Firmen damit vom Markt zu verdrängen. 2011 importierten Solarfirmen aus China Produkte mit einem Gesamtwert von

rund 21 Mrd. Euro in die EU. Wird der Verdacht bestätigt, drohen den chinesischen Herstellern hohe Strafzölle, wie sie die USA bereits in diesem Jahr verhängten.

Unter der Führung der Bonner Solarworld AG hatten mehrere europäische Solarfirmen Ende Juli eine Handelsbeschwerde bei der EU eingereicht, am 6. September nahm die Kommission die Untersuchung dazu auf. Das nun eingeleitete Verfahren dürfte für die EU die bisher wohl „bedeutendste Handelsklage“ werden.

Zubau von 10.000 MW Fotovoltaikleistung für Gesamtjahr 2012 erwartet

Ende der Solarstromförderung rückt in Sichtnähe

Laut Bundesnetzagentur gingen bis Ende Juli in Deutschland Fotovoltaikanlagen mit einer Leistung von knapp 5.000 MW ans Netz. Damit waren zu diesem Zeitpunkt bundesweit rund

29.700 MW Fotovoltaikleistung installiert. Der von der Bundesregierung angestrebte jährliche Zubau von 3.500 MW wird 2012 damit erneut deutlich überschritten werden. Experten erwarten für das laufende Jahr insgesamt rund 10.000 MW neuinstallierte Leistung.

Die in diesem Sommer erfolgten Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sehen ein Ende der staatlichen Solarstromförderung bei erreichten 52.000 MW installierter Leistung vor. Erfolgt der Zubau weiter in bisherigem Tempo, sind die Tage der Förderung von Solarstrom gezählt.

Haftungsausschluss & Copyright:

Sämtliche Informationen des 4initia Newsletters wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des 4initia Newsletters sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung von der 4initia GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.